

«Schulen sind keine Freizeitzentren, Kinder müssen in die Schule»

Die GLP-Grossrätin und Bildungspolitikerin Sandra Bothe bleibt hartnäckig, wenn es darum geht, die sommerlichen Bedingungen für Schüler*innen und Lehrpersonen zu verbessern. Sie reicht erneut eine Anfrage ein.



Von [Valerie Zaslowski](#)



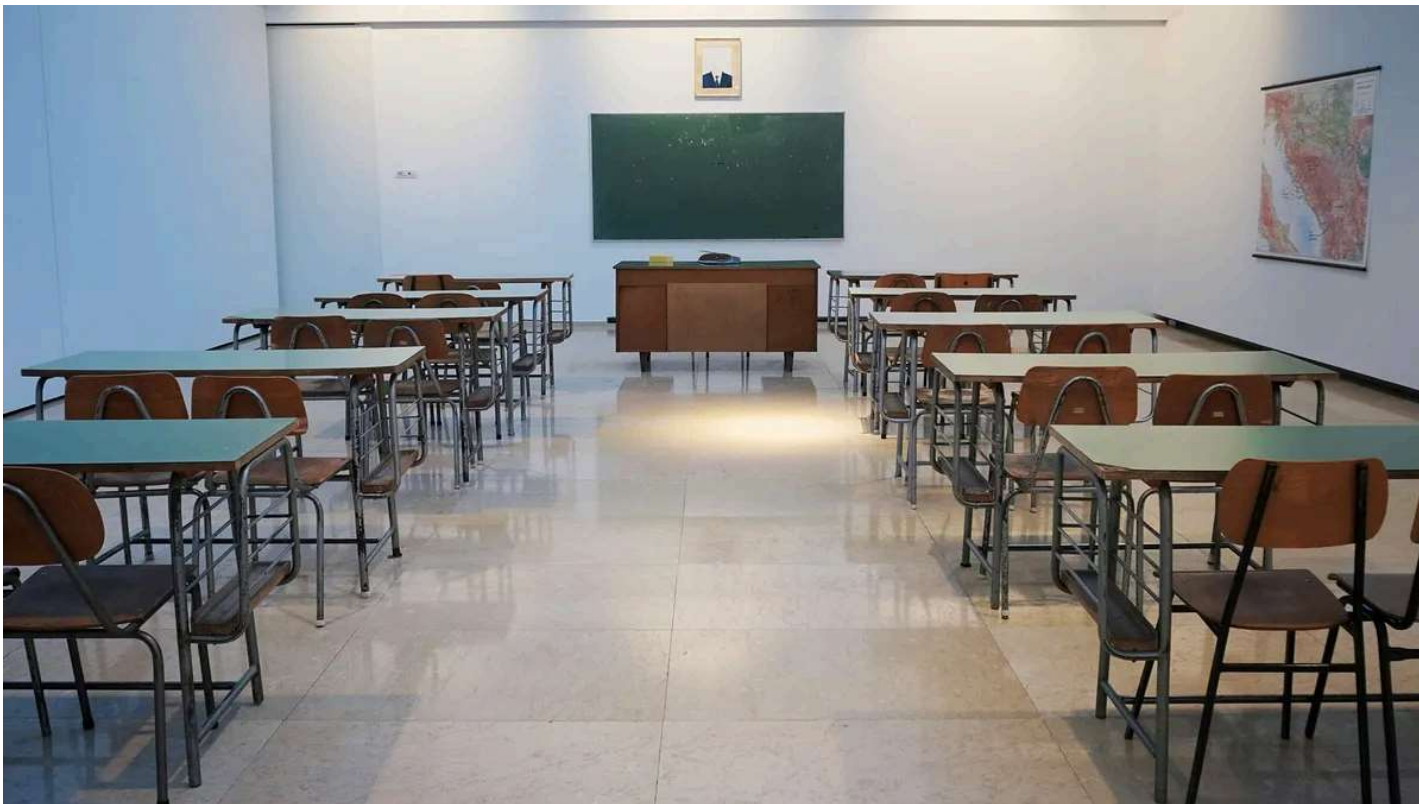
30. Juni 2026



Hitze

Ausbildung

Schule



Basler Schulen: Im nationalen Ranking bilden sie regelmässig das Schlusslicht.

Auf den Punkt:

- Die hohen Temperaturen werden auch für die Schulbetriebe zu einer wiederkehrenden Herausforderung.
- GLP-Grossrätin Sandra Bothe reicht einen Vorstoss nach dem anderen ein, um die Gesundheit der Schüler*innen und Lehrpersonen zu schützen und den Bildungsauftrag sicherzustellen.
- Mit der letzten Antwort des Regierungsrates zeigt sie sich nicht zufrieden und fordert einheitliche Kriterien sowie Klimaanlage für besonders belastete Schulzimmer.

Man kann dem Grossen Rat wirklich nicht vorwerfen, er würde nichts machen in Sachen Hitzeschutz. Derzeit werden kurze, aber auch [mittel- bis langfristige Massnahmen](#) erarbeitet und umgesetzt; auch ein Budgetpostulat wurde im Frühling [überwiesen](#). «Aber es reicht noch immer nicht, um

die Gesundheit zu schützen und den Bildungsauftrag sicherzustellen», findet GLP-Grossrätin und Bildungspolitikerin Sandra Bothe. Dieser sollte nicht vernachlässigt werden; Basel gehört [bei den Grundlagenfächern](#) bereits heute zu den Schlusslichtern.

So hat der Regierungsrat zwar vergangene Woche einen Anzug von Bothe bezüglich Sofortmassnahmen wegen der Hitze [beantwortet](#). Darin anerkennt er, dass hohe Temperaturen Gesundheit, Wohlbefinden sowie die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen können. Doch Bothes Meinung nach bleibt die Exekutive zu vage, weshalb sie am Dienstag erneut eine [schriftliche](#) Anfrage einreicht.

Einheitliche Kriterien und Weisungen

Bisher setzt der Regierungsrat als Sofortmassnahmen auf Verhaltensempfehlungen (mehr Trinken), ein Hitzeschutzplakat (richtig Lüften, Sonne fernhalten), Tests zur [Frühlüftung](#), ein Projekt mit Deckenventilatoren an ausgewählten Standorten sowie auf Eigenverantwortung der einzelnen Schulstandorte. Dass das wichtige Massnahmen sind, ist zweifellos unbestritten. Doch Schüler*innen oder Lehrpersonen, die unter den fast 40 Grad der vergangenen Wochen in ihren Schulzimmern vor sich hinvegetierten, dürften sich davon kaum entlastet fühlen.



«Es reicht noch immer nicht, um die Gesundheit zu schützen und den Bildungsauftrag sicherzustellen.»

Sandra Bothe, GLP-Grossrätin

So will Bothe in ihrer jüngsten Anfrage wissen, wie es nun weitergehen soll. Konkret fragt sie nach einheitlichen Kriterien und Weisungen, welche klare Handlungsvorgaben für den Umgang mit extremer Hitze an den verschiedenen Schulstufen festlegen, beispielsweise anhand fachlich definierter Temperatur- und Orientierungswerte, die festlegen, wann welche Massnahmen an den verschiedenen Schulstufen greifen. «Lehrpersonen dürfen mit dieser Verantwortung nicht allein gelassen werden», sagt sie zu Bajour.

Durch einheitliche kantonale Regeln sollen auch Lehrpersonen und Schulleitungen entlastet werden. Neben Bothe fordert auch der Schweizer Lehrer*innen-Dachverband [verbindliche Temperatur- beziehungsweise Orientierungswerte](#) für Schulräume.

Berücksichtigung Basler Strommix

Auch den Einsatz von Klimaanlage in besonders belasteten Schulzimmern sowie das Einrichtung einzelner gekühlter Unterrichts- oder Aufenthaltsräume schliesst Bothe nicht aus. Sie möchte wissen, wie der Regierungsrat einen solchen Einsatz unter Berücksichtigung des grünen Stroms beurteilt und welche Voraussetzungen in Anbetracht der verschiedenen überwiesenen politischen Vorstösse erfüllt sein müssten, damit der Einsatz rasch umgesetzt werden könnte.

Bothe sagt, die hohen Temperaturen seien längst zu einer wiederkehrenden Herausforderung für den Schulbetrieb geworden, das müsse man anerkennen, denn: «Schulen sind keine Freizeitzentren, Kinder haben keine Wahl, sie müssen in die Schule.» Deshalb findet sie, dass die Departemente aufhören müssen, sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben und stattdessen anfangen, gemeinsam Massnahmen umzusetzen, die wirken.